

# Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



## Zur Lage

### Wir werden auch 2011 unseren Kurs halten

#### Fraktion kann mit Genugtuung auf das alte Jahr zurückblicken

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann auf ein insgesamt erfolgreiches Jahr zurückblicken. Wir haben dazu beitragen können, dass Deutschland im Aufschwung ist – eine Entwicklung, wie sie kaum einer erwartet hat. Besonders seit der Sommerpause hat die christlich-liberale Koalition unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel wichtige Entscheidungen getroffen, die unser Land auch in den nächsten Jahren voranbringen werden.

Die Neugestaltung der Sicherungsverwahrung, die Verabschiedung des Energiekonzepts und die Bundeswehrreform – alle diese Vorhaben tragen die Handschrift der Fraktion. Wichtig war auch, dass wir weiter die Lehren aus der Finanzkrise gezogen haben. So konnten wir durchsetzen, dass in den Banken mit Staatsbeteiligung vorerst keine Boni mehr ausbezahlt werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war auch dank ihres guten Zusammenhalts, für den ich auch meinem ersten Stellvertreter Hans-Peter Friedrich von der CSU besonders danken möchte, ein stabiler Anker in der Koalition.

#### „Wir stehen zum Euro“

Die Lage auf den Finanzmärkten wird auch im kommenden Jahr eines der beherrschenden Themen sein. Für die Stabilität des Euro müssen alle Regierungen in Europa umdenken. Allen Staaten sollte klar geworden sein, dass nur eine solide Haushalts- und Wirtschaftspolitik letztlich zum Erfolg führt. Der Druck in diese Richtung muss erhöht werden. Es kann nicht darum gehen, die eigenen Schulden den anderen vor die Füße zu kippen. Eines aber ist klar: Der Euro ist unsere Währung. Wir stehen zu ihr.

2011 wird mit seinen sieben Landtagswahlen ein sogenanntes Superwahljahr werden. Die christlich-liberale Koalition wird deshalb von ihrem eingeschlagenen Kurs nicht abrücken, notwendige Reformen zu verabschieden. Dazu müssen wir bereit sein, auch schwierige Wege zu gehen.



Volker Kauder  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Sich nur beliebt machen zu wollen – darin ergehen sich vor allem die Grünen. Sie wollen eine Erhöhung der Sozialausgaben und bekennen sich gleichzeitig zur Einhaltung der Schuldenbremse. Sie fordern eine Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien, sie blockieren aber gleichzeitig den Ausbau der Stromtrassen. Einen ähnlichen Kurs fährt auch die SPD. Damit hilft man aber den Bürgern nicht.

Wir werden unseren Weg auch 2011 weiterverfolgen und uns mutig bemühen, die Zukunftschancen für unser Land weiter zu vergrößern. Maßstab bleibt das christliche Menschenbild.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und glückliches neues Jahr

*Volker Kauder*

Inhalt

Wir werden auch 2011 unseren Kurs halten	1
Bildungspaket: Kinder bekommen Anspruch auf Teilhabe	2
Christen im Irak brauchen unsere Unterstützung	3
Religionsfreiheit zählt zu elementaren Menschenrechten	4
Afghanistan in eine wesentlich sichere Situation bringen	5
„Europa gelingt nur gemeinsam“	6
Koalitionsausschuss einigt sich auf Bundeswehrreform und Steuervereinfachung 7 Stuttgarter Charta: Aussöhnung vollenden	7
Selbstanzeige schiebenweise: Künftig kein Ausweg mehr Polizisten sollen besser geschützt werden	8
Erleichterung in Cancun	9
Erwerbsmöglichkeiten für Alteigentümer werden verbessert Barthle in KfW-Verwaltungsrat gewählt Für freie Wahlen in Weißrussland	10
Leise segelt der Sektkorken	11
Letzte Seite	12

Impressum

Herausgeber  
 Peter Altmaier MdB  
 Stefan Müller MdB  
 CDU/CSU Bundestagsfraktion  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
 Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015  
 Telefax (030) 227 56660  
 pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

# Bildungspaket: Kinder bekommen Anspruch auf Teilhabe

## Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik



Peter Altmaier  
 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen und die Koalition haben mit dem Bildungspaket und der vom Bundesverfassungsgericht auferlegten Neuberechnung der Regelsätze für Kinder in der Grundsicherung einen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik eingeleitet: Kinder aus Hartz-IV-Familien bekommen erstmals Motivationsanreize, sich selbst Chancen für ein eigenständiges Leben zu erarbeiten.

Das Bildungspaket ist eine wirkungsvolle Maßnahme gegen den Befund der Pisa-Studie, dass in kaum einem anderen Land die Bildung der Kinder so stark von der sozialen Herkunft der Eltern abhängig ist wie in Deutschland. Kinder können aber nichts für das soziale Umfeld, in das sie hineingeboren werden. Dieses elementare Ausgeliefertsein des Kindes korrespondiert direkt mit der Umfrage der Sozialpolitik, nämlich der nach der gerechten Verteilung von Chancen auf eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ein Kind, das von klein auf aus finanziellen oder soziokulturellen Gründen gar nicht erst mit der Gesellschaft in Kontakt kommt, weder beim Sport, noch im Jugendclub, kann sich nicht entfalten: Thomas Jeffersons berühmte Grund-

rechte „Freiheit“ und „Streben nach Glück“ werden sich für das Kind kaum je verwirklichen, weil es gar nicht in die Lage versetzt wird, sie wahrzunehmen.

### SPD-Länder haben kein Interesse an sachlicher Lösung

An diesem zentralen Gerechtigkeitsproblem setzen die Reform der Grundsicherung und vor allem das neue Bildungspaket an. Die Kinder bekommen zum 1. Januar 2011 zum ersten Mal einen Rechtsanspruch auf Teilhabe an den gesellschaftlichen Institutionen des Zusammenlebens, und sie bekommen einen Rechtsanspruch auf Bildungsförderung. Das Revolutionäre der neuen Bestimmungen des Sozialgesetzbuches ist das Bildungspaket, das direkt denjenigen Kindern zugutekommt, die es auch wirklich brauchen. Ihre Entwicklungsmöglichkeiten und ihre soziale Integration sind künftig zentrales Anliegen im SGB II. Dieser neue sozialpolitische Ansatz wird mit Sicherheit erreichen, dass die „Ausgeschlossenen“ wieder in der Gesellschaft ankommen.

Und was macht nun die SPD mit diesem für die bedürftigen Kinder so elementar wichtigen Gesetzespaket? Sie verzögert das Inkrafttreten. Nicht, dass sie etwa einen besseren Gesetzesvorschlag hätte; davon ist weit und breit nichts zu sehen. Die SPD-regierten Länder haben keinerlei Interesse an einer sachlichen Lösung gezeigt und wollen nun das Bildungspaket für die Kinder im Vermittlungsausschuss auf die lange Bank schieben. Das ist verantwortungslos. Die Union wird entschlossen dafür sorgen, dass dieses wichtige Gesetz so bald wie möglich in Kraft treten kann.

# Christen im Irak brauchen unsere Unterstützung

## Debatte über Religionsfreiheit im Bundestag

Von Volker Kauder

Für verfolgte und bedrängte Christen interessierte sich bei uns lange Zeit kaum jemand. Mit der christlich-liberalen Koalition hat sich dies geändert. Wir haben Religionsfreiheit zu einem wichtigen Anliegen gemacht und uns im Koalitionsvertrag zum Einsatz für verfolgte Christen verpflichtet. Meine Reisen als Fraktionsvorsitzender in Länder, in denen Christen diskriminiert werden, sind Zeichen der Solidarität mit ihnen. So habe ich in den letzten Jahren Christen in China, in Malaysia, in Indonesien und auch in der Türkei besucht. Bei der Debatte im Deutschen Bundestag über Religionsfreiheit, die in dieser Woche auf Antrag der Koalitionsfraktionen geführt wurde, kam auch die Situation der verfolgten Christen zur Sprache.

Besonders schockierende Nachrichten erreichen uns in diesen Tagen aus dem Irak. Ende Oktober stürmte ein Al-Kaida-Kommando eine Sonntagsmesse in Bagdad und nahm die Gottesdienstbesucher als Geiseln. Als die irakischen Sicherheitskräfte die Kirche befreit hatten, zählten sie über 50 Getötete. Die Gewalt ist im Irak allgegenwärtig, und sie trifft alle. Angehörige religiöser Minderheiten sind jedoch überdurchschnittlich häufig betroffen, weil sie in besonderer Weise von den Extremisten verfolgt werden und sich weniger als andere auf den Schutz durch die Sicherheitskräfte verlassen können. Es ist also notwendig, auch im Bundestag auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen.

Mindestens die Hälfte der irakischen Christen hat in den vergangenen Jahren das Land verlassen, und täglich gehen weitere Familien. Angesichts dieser Realität hat mich in Gesprächen der Mut und Durchhaltewillen der irakischen Bischöfe tief beeindruckt. Christen leben im Irak mit dem Bewusstsein einer 2000-jährigen Geschichte. Aus ihrer Heimat wollen sie sich nicht vertreiben lassen. Sie sehen, dass ihre Präsenz eine wichtige Rolle für mehr Frieden und Toleranz

in der Region spielen kann. Hierbei haben die Christen im Irak unsere Unterstützung verdient.

## „Wir lassen verfolgte Christen nicht allein“

Zunächst einmal ist jedoch die irakische Regierung aufgefordert, mehr für die Sicherheit der Christen zu unternehmen. Es ist Aufgabe der deutschen Außenpolitik, gegenüber den iraki-

ein wichtiger Schritt, um den besonders Hilfsbedürftigen beizustehen. In einem nächsten Schritt muss es allerdings darum gehen, neue Hoffnung vor Ort zu schaffen. Viele der im Irak gebliebenen Christen leben heute in den Kurdengebieten im Norden des Landes. Neben Wohnraum mangelt es ihnen dort vor allem an Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeit. Sie bleiben auf Hilfe von außen und das Wohlwollen der lokalen Regierung angewiesen.

In der Vergangenheit haben die Christen im Irak angesehene Schulen und gut funktionierende Krankenhäuser



Eine Kirche im Nordirak - Gottesdienst von Christen nur unter Polizeischutz möglich

Quelle: Open Doors

schen Vertretern einzufordern, dass Christen besser geschützt werden und als gleichberechtigte Bürger im Irak leben können. Ich bin Außenminister Guido Westerwelle dankbar dafür, dass er diese Erwartungen bei seinen Gesprächen in Bagdad sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Bis Christen tatsächlich wieder sicher und gleichberechtigt im Irak leben können, ist es jedoch ein weiter Weg. Viele von ihnen leben heute als Flüchtlinge in den Nachbarländern. Im Jahr 2009 hat Deutschland in einem humanitären Akt 2.500 irakische Flüchtlinge aufgenommen. Dies war

ser betrieben. Sie haben sich damit in breiten Bevölkerungsschichten hohes Ansehen erworben. Wollen wir die Christen im Irak unterstützen, müssen wir ihnen helfen, diese positiven Erfahrungen zu wiederholen. Dies würde neue Arbeitsplätze schaffen und langfristig die christliche Gemeinschaft stärken. Zugleich wären christlich betriebene Schulen und Krankenhäuser, die allen Irakern offenstehen, ein Weg, die Aussöhnung zwischen den verschiedenen Gruppen voranzubringen.

# Religionsfreiheit zählt zu elementaren Menschenrechten

## 200 Millionen Christen können ihren Glauben nicht offen leben

Religionsfreiheit zählt zum völkerrechtlich vereinbarten Katalog der elementaren Menschenrechte. Bei der freien Ausübung der eigenen Religion handelt es sich um einen zentralen Bereich der Persönlichkeit, den es unbedingt zu schützen gilt, und um eine Grundvoraussetzung für ein Leben in Freiheit. Heute ist die Religionsfreiheit in 64 Ländern der Erde, in denen zusammen fast 70 Prozent der Weltbevölkerung lebt, sehr stark eingeschränkt oder gar nicht existent.

Aufgrund der Verbreitung des Christentums, zunehmend auch in der nichtwestlichen Welt, leben heute 200 Millionen Christen in Ländern ohne Religionsfreiheit. Sie sind somit die größte verfolgte religiöse Minderheit und häufig betroffen von konkreter Gewalt.

Besonders dramatisch ist die Lage derzeit im Irak. Jüngste Ereignisse wie die blutige Geiselnahme in einer Kirche in Bagdad zeigen, dass Christen im Irak massiver Gewalt von Seiten religiöser Extremisten ausgesetzt sind. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich für die Christen im Irak ein, die in ihrer Heimat auf eine 2000-jährige Geschichte blicken können. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder wies jüngst warnend darauf hin, dass der Irak keine „christenfreie Zone“ werden dürfe.

### Bau von Kirchen eingeschränkt

Die CDU/CSU-Fraktion wirbt dafür, dass Religionsfreiheit weltweit umfassend verwirklicht wird. In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag den Antrag der Koalitionsfraktionen „Religionsfreiheit weltweit schützen“ abschließend beraten. Mit dem Antrag wird der Fokus auf drei Bereiche gelegt, die im Kampf für umfassende Religionsfreiheit zentral sind:

Zur Religionsfreiheit gehört das Recht, seinen Glauben öffentlich zu bekennen. Insbesondere in zahlreichen muslimischen Staaten werden dieses Recht und die Möglichkeit, für die eigenen Glaubensüberzeugungen



Christen in Indien

Quelle: Open Doors

zu werben, stark eingeschränkt.

Dies gilt beispielsweise für die Türkei. So hält der im November 2010 erschienene EU-Fortschrittsbericht neben einer Reihe weiterer Defizite fest, dass das öffentliche Werben als Bedrohung der staatlichen Integrität und der muslimischen Religion wahrgenommen und in Einzelfällen sogar strafrechtlich verfolgt wird. Der Bau von Kirchen ist rechtlich stark eingeschränkt.

Zur Religionsfreiheit gehört das Recht, den eigenen Glauben zu wechseln oder auch gar keine Religion zu haben. Zahlreiche Staaten - insbesondere mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit - bestreiten dieses Recht. Der Abfall vom Islam (Apostasie) wird in vielen dieser Staaten strafrechtlich verfolgt.

Dies gilt beispielsweise für den Iran. Im Norden des Landes sitzen ein Pastor und seine Frau wegen des Vorwurfs der Apostasie seit über einem Jahr im Gefängnis. Im September dieses Jahres hat ein islamisches Revolutionsgericht den Pastor zum Tode verurteilt.

### Todesurteil wegen vermeintlicher Gotteslästerung

Eng verbunden mit der Religionsfreiheit ist die Meinungsfreiheit. Der Antrag kritisiert islamische Staaten, die mit der Begründung, den Islam vor Diffamierung zu schützen, die Meinungsfreiheit massiv einschränken. Auf Ebene der Vereinten Nationen werben diese Staaten seit langem für diese Einschränkung.

Sogenannte Blasphemiegesetze sind heute in vielen Staaten Realität - beispielsweise in Pakistan. So wurde im November dieses Jahres die Christin Asia Bibi von einem Gericht in der Provinz Punjab wegen des Vorwurfs der Gotteslästerung zum

Tode verurteilt. Sie war nach einem Streit mit Nachbarn beschuldigt worden, Jesus Christus mit Mohammed verglichen zu haben.

Gegen diese und andere Fälle haben die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wiederholt protestiert. Sie haben durch Reisen ihre Solidarität mit den verfolgten Christen zum Ausdruck gebracht. Mit dem Antrag fordern sie nun die volle Verwirklichung des universellen Rechts auf freie Religionsausübung.

# Afghanistan in eine wesentlich sichere Situation bringen

## Debatte zum Fortschrittsbericht der Bundesregierung

Die ersten deutschen Soldaten sollen Afghanistan innerhalb des nächsten Jahres verlassen. Dies erklärte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) am Donnerstag in seiner Regierungserklärung zum Fortschrittsbericht der Bundesregierung. Westerwelle versprach: „Heute bin ich zuversichtlich genug, um zu sagen: Ende 2011 werden wir unser Bundeswehrkontingent in Afghanistan erstmals reduzieren können.“

Derzeit ist die Bundeswehr mit 4.600 Soldaten am Hindukusch im Einsatz. Es ist vorgesehen, bis 2014 die Verantwortung für die Sicherheit komplett an die afghanische Polizei und Armee zu übergeben. Auch danach werden voraussichtlich noch deutsche Soldaten im Land sein, allerdings nicht mehr in Kampfeinsätze geschickt werden.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, lobte den Fortschrittsbericht. Er sei sehr differenziert: Neben Erfolgen würden darin auch die Aufgaben geschildert, die bis zur Übergabe der Verantwortung noch bewältigt werden müssten. Kauder erinnerte an den Ausgangspunkt des Einsatzes, den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. „Wir wollen ein Afghanistan, das nicht Aufmarschbasis für den internationalen Terrorismus ist“, sagte er. Wunsch, Aufgabe und Ziel sei es, dass das Land in eine wesentlich sichere Situation kommen müsse als zu Beginn des Einsatzes.

Für Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft dürfe keine Gefahr mehr von diesem Land ausgehen. Die Bundeswehr unterstütze die Regierung von Präsident Hamid Karsai in ihrem Ziel, dass bald die afghanischen Sicherheitskräfte die Verantwortung übernehmen könnten. Damit verbunden sei, dass die Bundeswehr Soldaten abziehen könne, die dort nicht mehr benötigt werden.

### Truppenbesuche zeigen Soldaten Rückhalt für den Einsatz

Kauder berichtete in seiner Rede von seinem Besuch in Afghanistan Anfang August. Beeindruckt zeigte er sich von den Gesprächen mit Soldaten, die sagten, es dürfe nicht sein, dass ihr Einsatz sinnlos gewesen sei. „Wir wollen, dass Afghanistan in eine wesentlich sichere Situation kommt“, betonte Kauder. Die Soldaten schauten auf die öffentliche Diskussion in Deutschland und die Debatten im Bundestag. Die Besuche von Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundestages bei den in Afghanistan stationierten Truppen zeigten den Soldaten das Interesse und den Rückhalt für den Auftrag.

Scharf kritisierte Kauder den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, der sich in einer „ordinären Weise“ über den Truppenbesuch der Frau von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg geäußert habe. Stephanie zu Guttenberg hatte ihren Mann Anfang der Woche nach Afghanistan begleitet. „Das ist unter jedem Niveau, was da aus ihren Reihen gemacht worden ist“, sagte Kauder in Richtung der SPD-Opposition.

### Fortschrittsbericht Afghanistan

Der Fortschrittsbericht ist die erste umfassende Bestandsaufnahme seit Beginn des ISAF-Einsatzes in Afghanistan Ende 2001. Er wurde gemeinsam von den in Afghanistan engagierten Ministerien (Auswärtiges Amt, Bundesministerium des Inneren, Bundesministerium der Verteidigung und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) unter Leitung des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Botschafter Michael Steiner, erstellt.

Der Bericht bildet das deutsche Engagement in Afghanistan ab - als langfristiger, solider Beitrag zum Aufbau eines eigenständigen und stabilen Staats. Er gliedert sich in die drei zentralen Aufgabengebiete des internationalen Engagements: Sicherheit, Regierungsführung und Entwicklung. Dabei ergibt sich ein "differenziertes Bild" mit "Licht und Schatten der Lage in Afghanistan". Mit den Konferenzen von London, Kabul und dem Beschluss des Nato-Gipfels von Lissabon im November 2010 besteht erstmals eine international einheitliche Strategie zur Übergabe der Sicherheitsverantwortung.

Link zum Fortschrittsbericht: <http://goo.gl/DPGZQ>



Quelle: Bundeswehr

# „Europa gelingt nur gemeinsam“

Bundeskanzlerin Angela Merkel gibt Regierungserklärung zum Euro



Bundeskanzlerin Angela Merkel

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Europäische Union eindringlich aufgefordert, sich als Verantwortungsgemeinschaft zu verstehen. „Europa gelingt gemeinsam, Europa gelingt nur gemeinsam“, betonte Merkel in ihrer Regierungserklärung am Mittwoch. Die Regierungserklärung gab sie im Hinblick auf den EU-Gipfel, der am Donnerstag und Freitag in Brüssel stattfand.

Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Länder wollten sich auf langfristige Konsequenzen aus der Finanzkrise einigen. Die EU-Staaten streben dafür eine begrenzte Änderung des Reformvertrages von Lissabon an. Ein dauerhafter Krisenmechanismus für die Euro-Zone soll ab 2013 den sogenannten Euro-Rettungsschirm ablösen. Die Vertragsänderung solle in den Mitgliedsstaaten spätestens bis Ende 2012 abgeschlossen werden, erläuterte die Bundeskanzlerin.

Die Europäische Union habe die Euro-Krise bislang gut gemeistert, stellte die Kanzlerin fest. Alle Akteure in Europa hätten mutig, abgestimmt und entschlossen gehandelt. „Der Euro hat sich als krisenfest bewährt“, sagte die Kanzlerin. Deutschland profitiere ganz besonders von der Gemeinschaftswährung.

## „Alles für die Stabilität des Euro tun“

Eine Inanspruchnahme des ständigen Rettungsfonds werde an „strikte Auflagen“ geknüpft, sagte Merkel weiter. Hilfen sollen nur nach einem einstimmigen Beschluss gewährt werden. Die Bundeskanzlerin lehnte die Einführung von Euro-Bonds erneut ab, die der Vorsitzende der Euro-Gruppe, der luxemburgische Regierungschef Jean-Claude Juncker, befürwortet. Gemeinsame Euro-Anleihen seien keine Lösung für die Probleme der Euro-Zone, sagte die Kanzlerin. Nötig seien hingegen eine Verbesserung der

Wettbewerbsfähigkeit und eine Verbesserung der Haushaltslage in den einzelnen Ländern. Dies seien „zwei Seiten der gleichen Medaille“.

„Die grandiose Friedens- und Freiheitsidee der europäischen Einigung“ sei der eigentliche Grund des Handelns. Dies dürfe bei allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht vergessen werden, sagte Merkel. Die Einigungsidee sei das Vermächtnis, das heutigen und künftigen politischen Generationen hinterlassen worden sei. „Diesem Vermächtnis fühle ich mich ganz persönlich verpflichtet“, sagte Merkel.

### Spekulationen unterbinden

Auch Fraktionschef Volker Kauder erinnerte in seiner Rede an die lange europäische Friedensgeschichte. „Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft“, mit diesem Satz hätten CDU und CSU in vielen Europa-Wahlkämpfen für die europäische Einigung geworben, betonte



Volker Kauder  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

er. Die Union habe damit gezeigt, dass sie keinen Zweifel an Europa habe. Alle großen Entscheidungen in Deutschland seien mit der europäischen Einigungsidee verbunden.

Wenn die Stabilität des Euro in Gefahr sei, werde Deutschland alles tun, um dem entgegenzuwirken. „Da kann sich jeder auf uns verlassen“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende. Kauder betonte die Solidarität in Europa: „Wir werden nicht zulassen, dass der Euro attackiert wird.“ Damit trat Kauder auch Währungsspekulanten entgegen.

# Koalitionsausschuss einigt sich auf Bundeswehrreform und Steuervereinfachung

## Wehrdienst wird zum 1. Juli ausgesetzt

Die Spitzen der Koalition haben sich bei ihrem Treffen in der vergangenen Woche auf eine historische Weichenstellung für die Bundeswehr geeinigt: Die seit 1957 bestehende Wehrpflicht wird zum 1. Juli nächsten Jahres ausgesetzt und die Truppe von 240.000 auf bis zu 185.000 Soldaten verkleinert. Künftig soll die Bundeswehr 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten haben und über einen Freiwilligendienst jährlich 7.500 bis 15.000 Männer und Frauen gewinnen. Die Wehrpflicht soll im Grundgesetz verankert bleiben. Männer werden weiter erfasst, aber nicht mehr gemustert.

Anstelle des Zivildienstes ist ein Bundesfreiwilligendienst geplant. Die Regierung will rund 35.000 Männern

und Frauen pro Jahr die Möglichkeit zur gemeinnützigen Arbeit bieten.

### Arbeitnehmerpauschbetrag soll steigen

Im Koalitionsausschuss beschloss Union und FDP außerdem eine Vereinfachung des Steuerrechts. Arbeitnehmer sollen in Höhe von 590 Millionen Euro entlastet werden. Der Arbeitnehmerpauschbetrag wird von 920 auf 1.000 Euro pro Jahr angehoben. Steuererklärungen können wahlweise nur noch alle zwei Jahre beim Finanzamt eingereicht werden.

Im Falle von Kinderbetreuungskosten muss künftig nicht mehr nachgewiesen werden, ob diese berufs-

bedingt oder privat entstanden sind. Außerdem wird bei volljährigen Kindern auf eine Einkommensprüfung verzichtet, solange sie in Ausbildung sind und Kindergeld bekommen.

Für Berufstätige soll die jährliche Vergleichsrechnung bei der Entfernungspauschale wegfallen, wenn sie auf dem Arbeitsweg unterschiedliche Verkehrsmittel benutzen. Geringverdiener sollen von der Pflicht der Einkommensteuererklärung entbunden werden.

Bei Unternehmen werden die Bürokratiekosten um vier Milliarden Euro sinken, weil die Finanzämter auf eine Vielzahl von Detailregelungen und schriftlichen Belegen zukünftig verzichten.

## Fraktion im Plenum

# Stuttgarter Charta: Aussöhnung vollenden

## Bundestag würdigt umfassend Gründungsdokument der Heimatvertriebenen

Deutschland erlebt seit Anfang 2000 ein neues gesellschaftliches Interesse an dem Thema Flucht und Vertreibung. Auslöser war unter anderem der Kosovo-Krieg 1999 und die in den letzten Jahren aufgetauchte Kriegskinder-Problematik. Für Millionen Mitbürger ist dies eine Schicksalserfahrung, die bis in die Gegenwart nachwirkt.

Meilenstein auf dem Weg zur Integration und Aussöhnung ist die Charta der deutschen Heimatvertriebenen – am 5. August 1950 in Stuttgart als „Grundgesetz“ der Vertriebenen erklärt. Sie gehört zu den Gründungsdokumenten der Bundesrepublik Deutschland.

Die Koalition setzt anlässlich des 60. Jubiläumsjahres der Charta mit einem umfangreichen Antrag, der in dieser Woche auf Initiative der Union im Bundestag debattiert wurde, ein Zeichen der Solidarität mit den Heimatvertriebenen. Denn das Bedürfnis der noch verbliebenen Zeitzeugen nimmt zu, sich mit diesem Kapitel des Zweiten Weltkrieges auszusöhnen.

Erstmalig wird das grundlegende Dilemma bei der Debatte um das angemessene Gedenken an Flucht und Vertreibung – über Vertreibung und Holocaust ohne Revisionismus-Vorwurf reden zu können – und das Versagen der politischen Linken thematisiert. Die Stigmatisierung der Opfer

von Flucht und Vertreibung sowie deren Nachkommen soll endlich beendet werden. Flucht und Vertreibung sollen von der gesamten Gesellschaft als Teil der deutschen Geschichte begriffen werden.

Zwei zentrale Anliegen der Heimatvertriebenen werden mit Prüfaufträgen an die Bundesregierung verbunden: zum einen die Einrichtung einer Gedenkmöglichkeit bei der Bundesvertriebenenstiftung in Berlin für Besucher, deren Angehörige an namenlosem Ort verstarben. Und zum anderen die Erhebung des 5. August – gemäß einer Initiative des Bundestages – zum „Nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung“.

## Selbstanzeige scheinchenweise: Künftig kein Ausweg mehr

### Koalition macht ernst im Kampf gegen Steuerhinterziehung

Die christlich-liberale Koalition macht ernst im Kampf gegen die Steuerhinterziehung. Taktierereien mit der strafbefreienden Selbstanzeige wird es künftig nicht mehr geben.

Nach dem Auftauchen der CDs mit Namen von Steuerhinterziehern und der damit verbundenen Flut von Selbstanzeigen hatten die Koalitionsfraktionen auf Initiative der Union im Frühjahr dieses Jahres einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der in der Zukunft verhindern soll, dass die strafbefreiende Selbstanzeige bei der Steuerhinterziehung als Ausweg einkalkuliert wird. Der vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf setzt diese Initiative jetzt um.

Die sogenannte Teilselbstanzeige wird abgeschafft. Steuerhinterzieher werden sich dann nicht mehr nur scheinchenweise - je nach Risiko, ent-

deckt zu werden - strafbefreiend erklären können. Wer künftig straffrei bleiben will, muss eine umfassende Selbstanzeige bezüglich aller hinterzogenen Steuern erstatten, muss also vollständig in die Steuerehrlichkeit zurückkehren.

#### Zinszuschlag soll höher sein als bei säumigen Zahlern

Darüber hinaus wird auch der Zeitraum, in dem eine strafbefreiende Selbstanzeige noch möglich ist, deutlich verkürzt. Die Selbstanzeige wird künftig schon dann ausgeschlossen sein, wenn die Prüfungsanordnung des Finanzamtes bekannt gegeben wurde und nicht erst dann, wenn der Prüfer tatsächlich erschienen ist. Taktisches Abwarten bis zum letzten Moment wird künftig nicht mehr möglich sein.

Im parlamentarischen Verfahren wird dann auch noch die Frage entschieden, ob bei denjenigen, die sich selbst anzeigen, noch einen extra Zinszuschlag erhoben wird. Damit sollen Steuerhinterzieher wirtschaftlich stärker belastet werden als Steuerzahler, die lediglich verspätet ihre Steuern zahlen. Hier wird eine absolut verfassungsfeste Regelung benötigt. Deshalb will die Koalition die Empfehlungen des Bundesrates und die Sachverständigenanhörung abwarten. Rechtssicherheit geht vor Schnelligkeit.

## Polizisten sollen besser geschützt werden

### Strafmaß für Widerstand gegen Beamte soll auf drei Jahre erhöht werden

Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte werden immer häufiger Ziel brutaler gewalttätiger Übergriffe – und das, obwohl sie tagtäglich ihre Gesundheit oder sogar ihr Leben für unser aller Wohlergehen riskieren. In den letzten Jahren hat es bei Übergriffen gegen Polizisten laut Bundesregierung eine Steigerung von mehr als 30 Prozent gegeben. Angegriffen werden die Beamten nicht nur bei Demonstrationen, sondern vor allem auch bei Festnahmen, Personen- oder Verkehrskontrollen, bei Einsätzen aus Anlass von Ruhestörung oder häuslicher Gewalt. Außerdem besteht eine erhebliche Gewaltbereitschaft in der Hooligan-Bewegung. Widerstand gegen Polizisten erfolgt häufig unter Alkoholeinfluss.

Die Union ist nicht bereit, dieser Entwicklung tatenlos zuzusehen. Mit dem in dieser Woche im Plenum in erster Lesung behandelten Gesetzentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches geht die Koalition dieses Problem an. In den Strafvorschriften, die sich mit dem Widerstand gegen Polizisten befassen, soll der Strafraum von zwei auf drei Jahre angehoben werden.

#### Auch Baseballschläger können Waffen sein

Außerdem wird eine durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entstandene Schutzlücke beseitigt. Nun wird eine Gleichsetzung von gefährlichen Werkzeugen - etwa Base-

ballschläger - mit Waffen möglich. Darüber hinaus wird der zu schützende Personenkreis um Feuerwehrleute und Angehörige von Rettungsdiensten erweitert. Denn auch diese Helfer werden vermehrt Ziel von Attacken von Schaulustigen oder Krawallmachern.

Konsequenterweise wird schließlich noch der Kreis der durch das Strafgesetzbuch besonders zu schützenden Sachen um Fahrzeuge der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste erweitert.



# Erleichterung in Cancun

## Weltklimagipfel einigt sich auf greifbare Ergebnisse – Grundlage für Kyoto-Nachfolgeprotokoll 2012

Die Bilanz vorneweg: Der UN-Klimagipfel von Cancun kann als Erfolg gewertet werden. Zwar war ein Durchbruch zu einem globalen Klimaschutzabkommen in Mexiko von Anfang an nicht zu erwarten, aber das Mögliche wurde erreicht. Die gute Botschaft des vergangenen Freitags heißt: Der internationale Klimaschutzprozess geht weiter.

Dass diese doch eher nüchterne Quintessenz die Delegierten in Cancun zu Beifallsstürmen hinreißen konnte, erklärt sich aus dem Verlauf der Konferenz: Noch bis zum letzten Moment war völlig unklar, ob es überhaupt greifbare Ergebnisse geben würde oder ob auch dieser Gipfel ähnlich wie die Konferenz von Kopenhagen im vergangenen Jahr in tiefer Resignation enden würde.

Die Folgen eines Scheiterns wären für die internationale Klimapolitik und überhaupt für das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Vereinten Nationen unabsehbar gewesen: Gerne gestand man unter diesen Umständen dem mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón auch um vier Uhr morgens ein halbstündiges Schlusswort zu. Seine Außenministerin Patricia Espinosa und ihr Team hatten ganze Arbeit geleistet: Klimadiplomatie gekrönt mit einem beherzten Hammerschlag zum Abschluss.

Einen wichtigen Anteil am Gelingen kann auch die deutsche Delegation für sich reklamieren. Bundesumweltminister Norbert Röttgen hatte in seiner Plenumsrede die wirtschaftlichen Chancen eines ambitionierten Klimaschutzes herausgehoben und die Weltgemeinschaft zum Handeln aufgerufen. Besondere Beachtung fand dabei das mit dem Energiekonzept beschlossene Ziel, die Treibhausgase in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren - unabhängig davon, welche Anstrengungen andere unternehmen. Die deutsche Vorreiterrolle in der Klimapolitik wird damit unterstrichen.

Das "Paket von Cancun" enthält erstmals in einer Entscheidung der Vereinten Nationen offiziell die Zwei-Grad-Obergrenze für den globalen Temperaturanstieg gegenüber der vorindustriellen Zeit. Zudem wurde ein Klimaschutzfonds gegründet, in den ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar eingezahlt werden sollen. Darüber hinaus wurden Verabredungen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, zum Waldschutz, zur Technologiekooperation und zum Kapazitätsausbau in Entwick-

Josef Göppel und Thomas Gebhart, die als Mitglieder des Bundestagsumweltausschusses in Cancun waren, sollte die EU ihre Vorreiterrolle unterstreichen und ihr Reduktionsziel bedingungslos auf 30 Prozent erhöhen - und damit den Weg nachvollziehen, den Deutschland geht. Ansonsten stünden "scharfe" deutsche Klimaziele "weichen" Vorgaben der europäischen Partner gegenüber.

Wichtig wird auch Vertrauensbildung durch konsequente Umsetzung der Finanzierungszusagen sein. Auch



Thomas Gebhart, Josef Göppel und Andreas Jung (v.l.n.r.)

lungsländern getroffen. Die 194 Vertragsstaaten haben darüber hinaus ein Bekenntnis zur Fortführung des Kyoto-Protokolls abgegeben, das 2012 ausläuft. Gleichzeitig haben sie ein rechtsverbindliches Abkommen unter der Klimarahmenkonvention in Aussicht gestellt.

### EU kommt Vorreiterrolle zu

In Cancun entfaltete sich eine neue Dynamik in der Klimapolitik, die in eine Aufwärtsspirale münden könnte. Der EU kommt dabei eine bedeutende Rolle zu. Nach Auffassung der Unionsabgeordneten Andreas Jung,

hier wurden mit dem deutschen Energiekonzept wichtige Weichen gestellt: Ab 2013 sollen sämtliche Einnahmen aus dem Emissionshandel für nationalen und internationalen Klimaschutz zur Verfügung stehen.

Die Blicke richten sich nun auf die Konferenz des Jahres 2012, die im südafrikanischen Durban stattfinden wird. Dort wird es ans Eingemachte gehen: die verbindliche Vereinbarung von Reduktionszielen aller relevanter Emittenten.

# Erwerbsmöglichkeiten für Alteigentümer werden verbessert

## Wiedergutmachung für Enteignungen aus der Zeit der sowjetischen Besatzung

Es ist ein zentrales Anliegen der Unionsfraktion, eine sachgerechte Regelung zur Wiedergutmachung für Alteigentümer zu finden, deren landwirtschaftliche Flächen in der sowjetischen Besatzungszone enteignet wurden – ein Unrecht, das das SED-Regime weiter bestehen ließ. Alteigentümer haben zwar einen Anspruch auf begünstigten Erwerb von Ländereien als Ausgleichsleistung; aber dafür ist im Einzelfall ein rechtsfähiger Bescheid des zuständigen Bundeslandes notwendig.

Allerdings kommt es in den zuständigen Landesbehörden zu erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung der Ausgleichsleistungsbescheide für die ehemaligen Eigentümer und deren Rechtsnachfolger, was am Ende de facto vollständig zu Lasten der Alteigentümer geht. Diese Benachteiligung ergibt sich daraus, dass seit 2004 Preissteigerungen von annä-

hernd hundert Prozent für die Ländereien zu verzeichnen sind, die durch die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) privatisiert werden sollen. Da betroffene Alteigentümer erst nach Vorliegen eines solchen Bescheides die Möglichkeit der Ausgleichsleistung nutzen können, führen die Verzögerungen in der Praxis dazu, dass Alteigentümer immer weniger Flächen erwerben können.

### Koalition führt Stichtagslösung ein

Diese Benachteiligung wird von der Koalition nun abgeschafft. Mit dem diese Woche im Bundestag verabschiedeten 2. Flächenerwerbsänderungsgesetz werden die Erwerbsmöglichkeiten für Alteigentümer verbessert. Die Koalition führt eine Stichtagslösung mit dem Datum 1. Januar 2004 ein. Das bedeutet, dass die

noch ausstehenden Bescheide so behandelt werden, als seien sie vor dem 1. Januar 2004 erteilt worden. Damit können Grundstückspreissteigerungen seit 2004 aufgefangen werden. Zudem wird eine Übergangslösung rückwirkend für die Alteigentümer geschaffen, die ab 1. Januar 2004 auf Grundlage eines Bescheides auf ihre Erwerbsmöglichkeit verzichtet oder einen höheren Kaufpreis auf Basis eines höheren Verkehrswertes für BVVG-Flächen gezahlt haben.

Mit der SPD war eine solche Lösung in der letzten Legislaturperiode nicht durchsetzbar gewesen. Es ist ein großer Erfolg der christlich-liberalen Koalition, dass jetzt eine tragfähige abschließende Lösung für die Alteigentümer gefunden wurde. Damit werden bestehende Unsicherheiten endlich beendet.

## Kurz notiert

### Barthle in KfW-Verwaltungsrat gewählt

Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle, ist neu in den Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gewählt worden. Der Bundestag nominierte ihn mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der SPD und der Linken zum Nachfolger der Grünen-Politikerin Christine Scheel. Wieder in den Verwaltungsrat gewählt wurde der CSU-Politiker Bartholomäus Kalb, der ebenfalls Mitglied der Arbeitsgruppe Haushalt ist.

Der 58-jährige Barthle sitzt seit 1998 als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Backnang/Schwäbisch Gmünd im Deutschen Bundestag. Seit Ende 2002 ist der ehemalige Lehrerelementar-Mitglied im Haushalts-

ausschuss und Mitglied im Unterausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, seit Ende 2009 haushaltspolitischer Sprecher.

Die KfW ist eine Förderbank, die zu 80 Prozent dem Bund und zu 20 Prozent den Ländern gehört. Sie unterstützt die Verbesserung der Wirtschaftsbedingungen etwa in den Bereichen Mittelstand, Existenzgründung und Umweltschutz. Insgesamt schickt der Bundestag sieben Abgeordnete in den 37-köpfigen Verwaltungsrat der Förderbank.

### Für freie Wahlen in Weißrussland

Der Bundestag hat für die Präsidentschaftswahl in Weißrussland am kommenden Sonntag faire und demokratische Bedingungen gefordert. Es

wird befürchtet, dass der seit 16 Jahren regierende Präsident Alexander Lukaschenko die Wahl lediglich als pseudodemokratische Legitimation für eine erneute Verlängerung seiner Amtszeit nutzt.

Der Bundestag stellte fest, dass oppositionelle Gruppen und Menschenrechtsorganisationen im Vorfeld der Wahlen behindert und in ihren Rechten beeinträchtigt wurden. Er fordert daher die Zulassung aller Kandidaten für die Wahl, einen ungehinderten Wahlkampf sowie die Gewährleistung einer freien und geheimen Stimmabgabe. Unabhängige Wahlbeobachter aus dem In- und Ausland sollen den Ablauf kontrollieren.

# Leise segelt der Sektkorken

## Geschenkeempfehlungen für Weihnachten

Kurz vor Weihnachten geht es im Bundestag noch einmal hoch her. Dringende Gesetzesvorlagen müssen noch im alten Jahr verabschiedet werden, mehrfach verschobene Anträge wollen debattiert werden. Welchem Abgeordneten bleibt da Zeit und Muße, über das ideale Geschenk nachzudenken. Für alle, denen keine Zeit für einen ausgedehnten Einkaufsbummel mehr bleibt, hier ein paar Geschenk-tips, die leicht zu besorgen sind.

Grundsätzlich nur Nützliches verschenkt CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich - in diesem Jahr den „Sektorken-Fallschirm“, der schon an Silvester zum Einsatz kommen könnte. Der Fallschirm wird am Korken befestigt, schießt beim Öffnen der Sektflasche mit ihm in die Höhe und segelt langsam zu Boden.

Zur Lesefraktion gehört die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ingrid Fischbach. Sie empfiehlt den Weihnachtsklassiker schlechthin, die "Weihnachtsgeschichte" von Charles Dickens. Für Lesemuffel gibt es immerhin die Verfilmung auf DVD. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, hat ebenfalls einen Buchtip: „Irre - Wir behandeln die Falschen: Unser Problem sind die Normalen“. In dieser heiteren Seelenkunde stellt der Bestsellerautor Manfred Lütz die These auf: „Um die Normalen zu verstehen, muss man erst die Verrückten studiert haben.“ Auf 208 Seiten wird die ganze Psychiatrie und Psychotherapie allgemeinverständlich, humorvoll und auf dem heutigen Stand der Wissenschaft dargestellt.



Zeichnung: Stuttmann

### „Whiskey für den Weihnachtsmann“

Für Musikliebhaber hat die familienpolitische Sprecherin Dorothee Bär den einfachen Tipp: I-Tunes kaufen. Bundestagsvizepräsidenten Gerda Hasselfeldt wird da schon etwas konkreter: Sie empfiehlt die Klassik-CD „Drums ‘n’ Chant“ von Martin Grubinger - gregorianischer Gesang, „komplett umhüllt von Percussion“. Daneben käme für sie noch ein Museumspass für Berlin oder München sowie ein Kochkurs – etwa beim Sternekoch Alfons Schuhbeck - als Geschenk in Frage. Das Hörbuch „Whiskey für den Weihnachtsmann“ von John B. Keane ist für die umweltpolitische Sprecherin Marie-Luise Dött das ideale Last-Minute-Geschenk. Otto Sander liest diese irischen Weihnachtsgeschichten.

Auf die Schnelle geht für den arbeitspolitischen Sprecher Karl Schiewerling eigentlich nur ein Gut-

schein. Dabei sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt: Schiewerling selbst könnte sich Gutscheine für ein Candle-Light-Dinner oder für ein Sonntags-Spättaufsteher-Frühstück vorstellen. Am passendsten erscheint ihm allerdings ein Gutschein für "Zeit" - denn das ist etwas, das eilige Abgeordnete am wenigsten haben, über das sich die Familie oder der Partner aber sicher freuen würde: einen Tag zur freien Verfügung - ganz ohne Termindruck.

Als begeisterte Anhängerin regionaler Produkte verschenkt die tourismuspolitische Sprecherin Marlene Mortler gerne Spezialitäten aus der Heimat. Sie verwöhnen nicht nur den Gaumen des Beschenkten, sondern zeigen auch, mit welchem kulinarischen Reichtum meine Heimat gesegnet ist, meint sie. Darüber hinaus greift auch sie zum Gutschein – für ein Wellness-Wochenende in der Region.

### Termine

26. Januar 2011      Kongress Nachhaltigkeit

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)  
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ [blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)  
 Der Podcast von Volker Kauder ➔ [ikauder.cducusu.de](http://ikauder.cducusu.de)  
 Fraktion direkt ➔ [www.cducusu.de/fd](http://www.cducusu.de/fd)  
 (Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)

## „Fraktion direkt“ bestellen

Diesen Bestellschein ausfüllen, unterschreiben und senden:

per **FAX** an: 030 / 227-56660

per **POST** an: CDU/CSU-Fraktion, Pressestelle, Platz der Republik, 11011 Berlin

# BESTELLSCHEIN

Senden Sie mir bitte regelmäßig „Fraktion direkt“ (erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages)

als E-Paper per Email

als Druckausgabe per Post

\_\_\_\_\_  
Vorname, Name

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnr.

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
Email-Adresse

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift